



**Rosenstadt** | ZWEIBRÜCKEN

17.03.2014

## **Niederschrift (öffentlicher Teil)**

über die 50. Sitzung des Stadtrates am Donnerstag, dem 27.02.2014, 17:00 Uhr, im Ratssaal,  
Eingang Schillerstraße

---

### **Anwesend:**

#### Vorsitzender

Oberbürgermeister Kurt Pirmann

#### Stadtvorstand

Bürgermeister Rolf Franzen

Beigeordneter Henno Pirmann

#### Ratsmitglieder

Anne Bauer

Dr. Reinhard Bock

Alexander Brünisholz

Evelyne Cleemann

Hedi Danner

Kurt Dettweiler

Bernhard Düker

Thomas Eckerlein

Christian Gauf

Martin Graßhoff

Thorsten Gries

Dr. Walter Hitschler

Annegret Kirchner

Hannelore Krauskopf

Uwe Kretzschmar

Jürgen Kroh

Elisabeth Metzger

Stephane Moulin

Matthias Nunold

Dr. Wolfgang Ohler

Dr. Norbert Pohlmann

Fritz Presl

Christina Rauch

Josef Reich

Walter Rimbrecht

(bis Ende öT)

(TOP I/5, 17.33 Uhr)

## 50. Sitzung des Stadtrates am 27.02.2014

Achim Ruf  
Dr. Dietmar Runge  
Gertrud Schanne-Raab  
Richard Scherer (ab TOP I/1, 17.17 Uhr)  
Gertrud Schiller  
Dirk Schneider (ab TOP I/5, 17.28 Uhr)  
Dr. Ulrich Schüler (ab TOP I/17, 18.09 Uhr)  
Elke Streuber  
Gabriele Vogelgesang  
Sabine Wilhelm

### Protokollführer

Kristin Pirmann

### von der Verwaltung

Werner Boßlet (UBZ)  
Heinz Braun (Amt 10)  
Werner Brennemann (Stadtwerke)  
Dr. Annegret Bucher (Amt 30)  
Benedikt Burkey (Amt 14)  
Martin Deller (Personalrat)  
Thomas Deller (Amt 40)  
Harald Ehrmann (Amt 60)  
Hermann Eitel (Amt 60)  
Jörg Eschmann (Amt 10)  
Horst Frenkle (Amt 60)  
Richard Körner (Amt 10)  
Johannes Kuhn (Amt 11)  
Monika Kuppitz (Gleichstellungsbeauftragte)  
Christian Michels (Amt 60)  
Gebhard Morscher (Amt 60)  
Daniel Turchi (Amt 30)  
Friedrich Wagner (Amt 20)  
Markus Wilhelm (Amt 51)

### Abwesend:

#### Ratsmitglieder

Ingrid Kaiser  
Volker Neubert  
Oliver Reitnauer  
Andreas Schneider  
Peter Schönborn

**Tagesordnung**

**I. Öffentlicher Teil**

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Bauleitplanung;  
Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes IX 17 /4 "Gewerbegebiet Süd - Silo Raiffeisen" im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB  
- Abschluss des Durchführungsvertrages  
Vorlage: 60/1384/2014
- 3 Bauleitplanung;  
Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes IX 17/4 "Gewerbegebiet Süd - Silo Raiffeisen" - Teiländerung 4 im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB  
- Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit (Öffentliche Auslegung)  
- Ergebnis der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange  
- Satzungsbeschluss  
Vorlage: 60/1318/2014
- 4 Bauleitplanung, vorhabenbezogener Bebauungsplan ZW 114/1 "Obere Denisstr."  
- Anpassung des Durchführungsvertrages  
Vorlage: 60/1383/2014
- 5 Vollzug des Landesstraßengesetzes (LStrG) ;  
Teileinziehung eines Teilstücks der Mühlstraße in Zweibrücken und Widmung als Fußgängerzone (Teilbereich der Flurst. Nr. 76, Gemarkung Zweibrücken) nach § 37 LStrG  
Vorlage: 60/1372/2014
- 6 Vollzug des Bundesnaturschutzgesetzes und des Landesnaturschutzgesetzes;  
Bewirtschaftungsplanentwurf für das FFH-Gebiet 6710-301 "Zweibrücker Land" und das VS-Gebiet 6710-401 "Hornbach und Seitentäler"  
Hier: Stellungnahme der Stadt Zweibrücken  
Vorlage: 60/1386/2014
- 7 Änderung der Satzung der Stadt Zweibrücken über die Erhebung von Vergnügungssteuer  
Vorlage: 30/1354/2014
- 8 Namensgebung für die Berufsbildende Schule Zweibrücken  
Vorlage: 40/1307/2013
- 9 Genehmigung von außer- bzw. überplanmäßigen Auszahlungen / Aufwendungen  
Vorlage: 20/1343/2014
- 10 Konversion Kreuzberg-Kaserne, Neuordnung ehemaliger MOB-Stützpunkt; Erschließungsarbeiten, Auftragserhöhung  
Vorlage: 60/1329/2014

## 50. Sitzung des Stadtrates am 27.02.2014

- 11 Konversion Kreuzberg-Kaserne, Neuordnung ehemaliger MOB-Stützpunkt, Abbruch der Gebäude und Erschließung, Auftragserhöhung  
Vorlage: 60/1331/2014
- 12 Konversion Kreuzberg-Kaserne, Abbruch Gebäude 4004; Vergabe der Rückbauarbeiten  
Vorlage: 60/1327/2014
- 13 Konversion Kreuzberg-Kaserne, Erschließung östlich und westlich der Amerikastraße, Herstellen der Deckschichten; Freigabe zusätzlicher Leistungen  
Vorlage: 60/1328/2014
- 14 Konversion Kreuzberg-Kaserne, Neuordnung ehemaliger MOB-Stützpunkt; Abbruch der Gebäude, Auftragserhöhung  
Vorlage: 60/1330/2014
- 15 Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten Monika Kuppitz
- 16 Wahl des Beirates für Migration und Integration; Festlegung des Wahltermins  
Vorlage: 10/1370/2014
- 17 Bericht über Auswirkungen von Maßnahmen auf der Deponie Rechenbachtal auf die Stadt und ihre Bürger  
(Antrag der Fraktion Grüne Liste vom 12.02.2014)  
Vorlage: 10/1380/2014
- 18 Vollzug der Abfallgesetze; Deponie Rechenbachtal; Planfeststellungsantrag vom 18.09.2013  
Vorlage: 60/1387/2014
- 19 Vollzug der Gemeindeordnung; Unterrichtung des Stadtrates gem. § 33 Abs. 2 GemO  
Vorlage: 10/1368/2014
- 20 Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO; Annahme von Spenden  
Vorlage: 10/1367/2014
- 21 Anfragen von Ratsmitgliedern

## II. Nichtöffentlicher Teil

- 1 Personalangelegenheiten
- 2 Vertragsangelegenheiten

## **50. Sitzung des Stadtrates am 27.02.2014**

- 3 Vergabeangelegenheiten
- 4 Anfragen von Ratsmitgliedern

## **50. Sitzung des Stadtrates am 27.02.2014**

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr.  
Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest.

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr zwischen dem öffentlichen und dem nichtöffentlichen Teil für 20 Minuten für eine Pause unterbrochen.

**I. Öffentlicher Teil**

**Punkt 1:                   Einwohnerfragestunde  
(öffentlich)**

Zu der heutigen Stadtratssitzung sind mehrere Einwohnerfragen eingegangen, die vom Vorsitzenden verlesen und wie nachfolgend beantwortet werden.

**Bürgerinitiative Mörsbach, vertreten durch Frau Dr. Julia Igel**

Die Mitglieder unserer Bürgerinitiative haben mehrere Fragen für die Bürgerfragestunde der Stadtratssitzung am 27.02.2014, betreffend sowohl die Deponie Rechenbachtal als auch die bestehende Konditionierungsanlage:

1.       Aus welchem Grund muss italienischer Müll auf unserer Deponie gelagert werden?

**Antwort des Vorsitzenden:**

*In Italien gibt es keine Entsorgungsmöglichkeiten. Die EU hat Italien aufgefordert bis 2017 geordnete Deponien herzurichten, um Eigenentsorgung betreiben zu können.*

3.       Welche Motivation „treibt“ die Stadt für den Mülltourismus an?

**Antwort des Vorsitzenden:**

*Es ist nicht die Stadt, es gibt einen Eigenbetrieb UBZ. An Entsorgungsanlagen werden sehr hohe technische, sicherheitstechnische und umweltgerechte Anforderungen gestellt. Daher ist heutzutage eine Entsorgung der anfallenden Abfälle nur durch zentrale Lösungen mit überregionalem Bezug wirtschaftlich durchführbar. So ist es auch beim ZAS; der Zweibrücker Hausmüll wird auch nicht in Zweibrücken entsorgt. Letztlich können nur so die Kosten für die Allgemeinheit in einem vertretbaren Rahmen gehalten werden. So werden und können auch nicht alle in Zweibrücken anfallenden Abfälle ausschließlich in Zweibrücken entsorgt oder behandelt werden; hier findet also auch ein „Mülltourismus“ statt.*

4.       Wie erklären Sie die Aussage und Antragsbegründung der UBZ, eine Deponieerweiterung sei für die Sicherstellung der regionalen Müllkapazität erforderlich, wenn jährlich nur ca. 3-4 % des dort abgelagerten Mülls tatsächlich aus Zweibrücken stammen?

**Antwort des Vorsitzenden:**

*Der UBZ hat das Vorhaben sehr wohl im Antrag damit begründet, dass die Aufrechterhaltung des bisherigen Entsorgungsangebotes sowohl regional als auch überregional von großer Bedeutung ist (siehe Seite 10 des Erläuterungsberichtes Teil 1 der Anlage). Das Aufkommen an regionalem Abfall (Neunkirchen, Zweibrücken und Pirmasens) liegt bei etwa 40 bis 50 Prozent.*

## 50. Sitzung des Stadtrates am 27.02.2014

5. Wie ist eigentlich das Genehmigungsverfahren für die Konditionierungsanlage erfolgt? BauGB, Planfeststellungs- oder BImSchG-Verfahren? Falls letzteres zutrifft: Nach welchem Paragraphen des BImSchG wurde die Anlage genehmigt, in einem förmlichen Genehmigungsverfahren nach § 10 BImSchG oder nach dem vereinfachten Verfahren nach § 19 BImSchG?

Antwort des Vorsitzenden:

*Das Genehmigungsverfahren für die Konditionierungsanlage wurde entsprechend der abfallrechtlichen Vorgaben durchgeführt. Die Genehmigung erfolgte aufgrund der §§ 4 und 19 BImSchG i. V. m. den §§ 12 und 13 BImSchG.*

6. Warum wird jetzt eine Schlackenhalle benötigt? Wird Versäumtes nachgeholt oder für die Zukunft gebaut?

Antwort des Vorsitzenden:

*Diese Frage zielt nicht auf den Betreiber Terrag. Bei der jetzigen Anlage handelt es sich um die Firma MDSU. Dies ist eine Entscheidung des Anlagenbetreibers aufgrund einer anderen Aufbereitungsmethode, nämlich das Nassverfahren.*

7. Wie hoch sind die finanziellen Rücklagen der UBZ, die für die Rekultivierung gebildet wurden? Was passiert mit Ihnen? Wie sieht die Bilanz des Unternehmens aus?

Antwort des Vorsitzenden:

*Rückstellungen für Oberflächenabdeckung und Nachsorge werden entsprechend der rechtlichen Vorgaben in ausreichender Höhe vorgenommen. Dies musste bei der Frage des Entschuldungsfonds der ADD ausführlich nachgewiesen werden. Die Rücklagen werden für die spätere Rekultivierung und Nachsorge der Deponie (Sickerwasserbehandlungsanlage) verwendet.*

*Die Bilanz des Unternehmens ist dem Jahresabschlussbericht zu entnehmen. Dieser wird - entsprechend der rechtlichen Vorgaben (§ 27 Abs. 3 EigAnVO) - in der lokalen Presse veröffentlicht.*

8. Wie ist die Finanzierung der geplanten Erweiterung gesichert / geplant?

Antwort des Vorsitzenden:

*Die Erweiterung der Deponie erfolgt durch den UBZ (Sparte: Betrieb gewerblicher Art). Sie wird aus den Einnahmen des Betriebes gewerblicher Art gesichert und finanziert. Müllgebühren oder andere geschlossene Kreisläufe werden dafür nicht verwendet, da dies rechtlich nicht möglich ist.*

9. Was passiert, wenn ein Unfall mit gefährlichen Abfallstoffen geschieht?

Antwort des Vorsitzenden:

*Generell handelt es sich bei sämtlichen Abfalltransporten zu unserer Deponie nicht um Gefahrguttransporte. Ein Gefahrguttransport dagegen ist beispielsweise die herkömmliche Lieferung von Heizöl.*



## 50. Sitzung des Stadtrates am 27.02.2014

*Im Falle eines möglichen Unfalls mit gefährlichen Abfällen wird daher – wie allgemein auch üblich - die Unfallstelle vorschriftsgemäß gesichert. Generell werden - je nach Art der Ladung und einer evtl. möglichen Gefahrenlage - die zuständigen Stellen/Behörden durch die Polizei verständigt. Diese veranlassen dann alle weiteren erforderlichen Maßnahmen.*

10. Gibt es einen Notfallplan? Wenn ja, wo befindet sich dieser?

Antwort des Vorsitzenden:

*Katastrophenschutzpläne für verschiedene Szenarien sind bei den zuständigen Stellen (Hauptwache/Feuerwehrzentrale u. zuständiger Dezernent) hinterlegt. Kooperationspläne mit umliegenden Feuerwehren sichern darüber hinausgehende Szenarien ab.*

11. Wie sind die Anfahrtswege – Innenstadt – bei einem möglichen LKW-Unfall mit gefährlichen Abfällen gesichert?

Antwort des Vorsitzenden:

*Da es sich nicht um gefährliche Abfälle handelt, gibt es keine speziellen Vorschriften für innerstädtische Straßen. Der Anlieferverkehr läuft wie bisher auch über die L465. Bei einem möglichen Unfall wird die Sicherung der Anfahrtswege entsprechend der jeweiligen Erfordernis vorschriftsgemäß erfolgen.*

### Herr Horst Scherer

1. Wie kommt es zu Verträgen zwischen weit entfernten Müllproduzenten (z. B. aus dem Ausland) und der UBZ, d. h. bewirbt sich die UBZ um die Anlieferung von Müll? Gibt es Ausschreibungen?

*Vergleiche die Beantwortung der Fragen 1 und 3 der Bürgerinitiative.*

2. Wie viel müssen die ausländischen Mülllieferanten für die Entsorgung in Zweibrücken bezahlen? Wie viel die Zweibrücker?

Antwort des Vorsitzenden:

*Diese Frage muss an den Verwaltungsrat des UBZ verwiesen werden, der Oberbürgermeister ist dafür nicht zuständig.*

### Herr Rainer Schäfer

Ich habe eine Frage zur Stadtratssitzung am 27.02.2014 betreffend des IST-Zustandes der Deponie Rechenbachtal. Diese habe ich im Anhang formuliert.

Des Weiteren trage ich Sorge, dass insbesondere aus dem Ausland stammende Abfälle deponiert werden, die die genehmigten Grenzwerte überschreiten könnten. Die Überprüfung jeden 100sten LKW's bzw. alle 2500 t, wie zu vernehmen war, halte ich für unzureichend. Es sollte

## 50. Sitzung des Stadtrates am 27.02.2014

auf jeden Fall ausgeschlossen werden, dass in einigen Jahren eine weitere Sanierung der Deponie notwendig wird, da unerlaubte Schadstoffkonzentrationen „untergejubelt“ wurden.

Aus Ihrem Interesse für die Landwirtschaft ist Ihnen evtl. bekannt, dass die im JOHN DEERE Werk Zweibrücken produzierten Feldhäcksler mit einer kontinuierlichen Inhaltsstoffbestimmung ausgerüstet werden können. Leider ist das dazu verwendete Gerät nur für organische Stoffe geeignet. Auch die verwendete NIR-Spektroskopie ist für mineralische Stoffe wohl nicht geeignet. Meine Kollegen des JOHN DEERE Technical Center in Kaiserslautern haben jedoch zur kontinuierlichen Schadstoffbestimmung in mineralischen Stoffen die Fa. Polytec, Waldbronn empfohlen.

Ich stelle mir eine variable Einsatzmöglichkeit eines entsprechenden Gerätes vor, das sowohl zur automatischen, kontinuierlichen Messung im Absaugschlauch zwischen Silo-LKW und Terrag-Silo als auch für eine diskontinuierliche Messung einer Probe je LKW-Fuhre mit einem max. Zeitaufwand von 10-15 Min. vor Ort verwendet werden kann (das JOHN DEERE Gerät bietet solche variablen Anwendungsmöglichkeiten, aber wie gesagt nur für organische Stoffe).

Mit einer solchen Aufgabenstellung habe ich zur Fa. Polytec einen losen Kontakt aufgenommen. Dr. Busche hat bis 21.02.2014 eine Rückantwort mit Kostenschätzung zugesagt.

Es wäre jedoch im Sinne meines Anliegens, wenn Sie die von mir vorgeschlagene Aufgabenstellung auch an die Experten der UBZ weiterleiten würden, um potenzielle zukünftige Schäden und Kosten durch über geltenden Vorschriften hinausgehende, finanzierbare Maßnahmen auszuschließen.

### Anlage:

- 1 a) Wie viele Tonnen Abfall wurden – aufgeteilt auf die Jahre – 2010, 2011, 2012 und 2013 in Abhängigkeit der Transportkilometer in 100 km-Stufen vom Abfallentstehungsort bis zur Deponie Rechenbachtal – aufgeteilt in die einzelnen Bundesländer der BRD und europäische Staaten, wie z. B. Italien, Rumänien, Niederlande etc. – angeliefert?
- 1 b) In Ergänzung zu 1 a):  
Wie viele kg Schadstoffe (= Abfalltonnage multipliziert mit der jeweiligen Schadstoffkonzentration) wurden – aufgeteilt auf die Jahre – 2010, 2011, 2012 und 2013 in Abhängigkeit der Transportkilometer in 100 km-Stufen vom Abfallentstehungsort bis zur Deponie Rechenbachtal – aufgeteilt in die einzelnen Bundesländer der BRD und europäische Staaten, wie z. B. Italien, Rumänien, Niederlande etc. – somit angeliefert?
- 1 c) In Ergänzung zu 1 a):  
Welcher Gewinn wurde aus der aus der Abfalldeponierung – aufgeteilt auf die Jahre – 2010, 2011, 2012 und 2013 in Abhängigkeit der Transportkilometer in 100 km-Stufen vom Abfallentstehungsort bis zur Deponie Rechenbachtal – aufgeteilt in die einzelnen Bundesländer der BRD und europäische Staaten, wie z. B. Italien, Rumänien, Niederlande etc. – durch die UBZ erzielt?

## 50. Sitzung des Stadtrates am 27.02.2014

Diese drei sehr eng zusammenhängenden Teilfragen mögen auf den ersten Blick komplex und aufwändig zur Beantwortung erscheinen.

Da jedoch in der Infoveranstaltung zur Erweiterung der Deponie Rechenbachtal am 4.2.2014 in der Turnhalle Mörsbach informiert wurde, dass alle Abfallanlieferungsdaten bis hin zum endgültigen Lagerort einer LKW-Ladung auf der Deponie dokumentiert werden, sollte es möglich sein – durch einfaches „Filtern“ aus der Dokumentationsdatei – die Antwort zu jeder Teilfrage in Form eines 3-dimensionalen Diagramms leicht übersichtlich darzustellen.

Einem versierten IT-Experten sollte eine solche Analyse in weniger als einem Arbeitstag möglich sein. Infolge der Brisanz der Thematik denke ich, dass der Aufwand lohnend ist, damit auf Basis von Fakten weiter diskutiert wird.

Auch zu Ihrer eigenen Urteilsbildung ist eine solche Übersicht sicherlich hilfreich.

Es ist nicht in meiner Absicht, dass die Vorstellung der Daten einen übergebührenden Zeitraum während der Stadtratssitzung einnimmt. Evtl. könnten Sie die 3 Diagramme per Beamer kurz zeigen und mir eine Kopie zukommen lassen. Sicherlich werden Sie die angepasste und befriedigende Darstellungsform der Antwort zu meiner Frage finden.

Antwort des Vorsitzenden:

*Die Beantwortung dieser Fragen muss an die Geschäftsführung und den Verwaltungsrat des UBZ verwiesen werden.*

## 50. Sitzung des Stadtrates am 27.02.2014

### **Punkt 2:** **(öffentlich)**

**Bauleitplanung;**  
**Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes IX 17 /4**  
**"Gewerbegebiet Süd - Silo Raiffeisen" im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB**  
**- Abschluss des Durchführungsvertrages**  
**Vorlage: 60/1384/2014**

Der Stadtrat fasst ohne Aussprache **einstimmig** folgenden

### **Beschluss:**

Der in der Anlage zu dieser Vorlage enthaltene Durchführungsvertrag wird gemäß § 12 Abs. 1 BauGB mit der Raiffeisen Waren-Zentrale Rhein-Main eG, Altenberger Straße 1a, Köln, abgeschlossen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	31
Nein:	0
Enthaltung:	0

Verteiler:  
Amt 60

**Punkt 3:**  
**(öffentlich)**

**Bauleitplanung;**  
**Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes IX 17/4**  
**"Gewerbegebiet Süd - Silo Raiffeisen" - Teiländerung 4 im**  
**beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB**  
**- Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit (Öffentliche Auslegung)**  
**- Ergebnis der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange**  
**- Satzungsbeschluss**  
**Vorlage: 60/1318/2014**

Der Stadtrat fasst ohne Aussprache **einstimmig** folgenden

**Beschluss:**

1. Die Ergebnisse der Beteiligung der Öffentlichkeit (Öffentliche Auslegung) sowie zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden wie in dieser Vorlage unter III ausgeführt behandelt.
3. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan IX 17/4 "Gewerbegebiet Süd - Silo Raiffeisen" - Teiländerung 4 wird vorbehaltlich der beschlossenen Ergänzungen angenommen.
4. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan IX 17/4 "Gewerbegebiet Süd - Silo Raiffeisen" - Teiländerung 4 wird vorbehaltlich der beschlossenen Ergänzungen als Satzung gem. § 10 BauGB beschlossen und der Inhalt der Begründung gebilligt.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die gemäß den vorangegangenen Beschlüssen ergänzten Unterlagen des vorhabenbezogenen Bebauungsplans IX 17/4 "Gewerbegebiet Süd - Silo Raiffeisen" - Teiländerung 4 (Anlagen 11 bis 14) mit den Verfahrensmerkmalen zu versehen und auszufertigen und den Satzungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	31
Nein:	0
Enthaltung:	0

Verteiler:  
Amt 60

## 50. Sitzung des Stadtrates am 27.02.2014

**Punkt 4:**                    **Bauleitplanung, vorhabenbezogener Bebauungsplan ZW 114/1**  
**(öffentlich)**                **"Obere Denisstr."**  
                                      **- Anpassung des Durchführungsvertrages**  
                                      **Vorlage: 60/1383/2014**

Ratsmitglied Kroh verlässt aufgrund Befangenheit (§ 22 GemO) den Sitzungssaal.

Der Stadtrat fasst ohne Aussprache **einstimmig** folgenden

### **Beschluss:**

Der in der Anlage zu dieser Vorlage enthaltene, angepasste Durchführungsvertrag wird gemäß § 12 Abs. 1 BauGB mit dem Landesverein für Innere Mission in der Pfalz e.V., Bad Dürkheim, abgeschlossen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	30
Nein:	0
Enthaltung:	0

Ratsmitglied Kroh hat aufgrund § 22 GemO nicht an der Beschlussfassung teilgenommen.

Verteiler:  
Amt 60

## 50. Sitzung des Stadtrates am 27.02.2014

### **Punkt 5:** **(öffentlich)**

**Vollzug des Landesstraßengesetzes (LStrG) ;  
Teileinziehung eines Teilstücks der Mühlstraße in Zweibrücken  
und Widmung als Fußgängerzone (Teilbereich der Flurst. Nr. 76,  
Gemarkung Zweibrücken) nach § 37 LStrG  
Vorlage: 60/1372/2014**

Herr Eitel erläutert anhand einer Präsentation die geplante Maßnahme.

Ratsmitglieder Dr. Hitschler erklärt, dass er dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde, da dadurch die Recht der Anlieger erheblich eingeschränkt würden. Seiner Meinung nach mache es keinen Sinn, die bishere Verkehrsregelung zu ändern.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Dr. Hitschler erklärt Herr Eitel die beitragsrechtliche Konsequenzen. Ohne Umsetzung des Verwaltungsvorschlages, müssten die Kosten alleine auf die vier Anlieger umgelegt werden. Wenn der Bereich zur Fußgängerzone erklärt würde, dann fließen die Kosten in die Gesamtmaßnahme Fußgängerzone.

Ratsmitglied Kroh stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt in den Bau- und Umweltausschuss zurückzuverweisen, da die Vorberatungen unter falschen Voraussetzungen stattgefunden habe.

Ratsmitglied Dettweiler ist der Meinung, dass man dem Verwaltungsvorschlag trotz Fehlinformation im Bau- und Umweltausschuss zustimmen sollte.

Der Antrag von Ratsmitglied Kroh wird mit 25 Gegen-Stimmen, 9 Ja-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt. Der Vorsitzende hat an der Abstimmung teilgenommen.

Der Stadtrat fasst folgenden

### **Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt der Absicht auf Einziehung eines Teilbereichs der Mühlstraße zu und beauftragt die Verwaltung mit der Einleitung des Verfahrens nach dem Landesstraßengesetz.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	26
Nein:	3
Enthaltung:	5

Der Vorsitzende hat an der Abstimmung teilgenommen.

Verteiler:  
Amt 60

**Punkt 6:**  
**(öffentlich)**

**Vollzug des Bundesnaturschutzgesetzes und des Landesnaturschutzgesetzes;  
Bewirtschaftungsplanentwurf für das FFH-Gebiet 6710-301  
"Zweibrücker Land" und das VS-Gebiet 6710-401 "Hornbach und Seitentäler"  
Hier: Stellungnahme der Stadt Zweibrücken  
Vorlage: 60/1386/2014**

Der Stadtrat fasst ohne Aussprache **einstimmig** folgenden

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Zweibrücken hat sich in seiner Sitzung am 27.02.2014 mit dem Bewirtschaftungsplanentwurf für das FFH-Gebiet 6710-301 „Zweibrücker Land“ und das VS-Gebiet 6710-401 „Hornbach und Seitentäler“ befasst. Seitens der Stadt Zweibrücken bestehen keine Bedenken gegen den vorgelegten Bewirtschaftungsplanentwurf.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

Verteiler:  
Amt 60



## 50. Sitzung des Stadtrates am 27.02.2014

**Punkt 7:**  
**(öffentlich)**

**Änderung der Satzung der Stadt Zweibrücken über die Erhebung  
von Vergnügungssteuer**  
**Vorlage: 30/1354/2014**

Der Stadtrat fasst ohne Aussprache **einstimmig** folgenden

**Beschluss:**

Der anliegende Entwurf einer „Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Zweibrücken über die Erhebung von Vergnügungssteuer vom 12.12.2011“ wird als Satzung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

Verteiler:  
Amt 30

## 50. Sitzung des Stadtrates am 27.02.2014

**Punkt 8:**  
**(öffentlich)**

**Namensgebung für die Berufsbildende Schule Zweibrücken**  
**Vorlage: 40/1307/2013**

Der Stadtrat fasst ohne Aussprache **e i n s t i m m i g** folgenden

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt dem Vorschlag der Berufsbildenden Schule Zweibrücken, den Schulnamen in „Berufsbildende Schule Zweibrücken, Ignaz-Roth-Schule“ abzuändern, zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

Verteiler:  
Amt 40

## 50. Sitzung des Stadtrates am 27.02.2014

**Punkt 9:**  
**(öffentlich)**

**Genehmigung von außer- bzw. überplanmäßigen Auszahlungen /  
Aufwendungen**  
**Vorlage: 20/1343/2014**

Der Stadtrat fasst ohne Aussprache **einstimmig** folgenden

**Beschluss:**

Den Anträgen der Ämter gemäß Anlage wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

Verteiler:  
Amt 20

## 50. Sitzung des Stadtrates am 27.02.2014

**Punkt 10:**  
**(öffentlich)**

**Konversion Kreuzberg-Kaserne, Neuordnung ehemaliger MOB-Stützpunkt; Erschließungsarbeiten, Auftragserhöhung**  
**Vorlage: 60/1329/2014**

Der Stadtrat fasst ohne Aussprache **einstimmig** folgenden

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt der Erhöhung des Auftrags an die Firma Hans Schneider Bauunternehmung GmbH, Merxheim, von 1.454.153,24 € brutto um 86.732,26 € brutto auf 1.540.885,50 € brutto zu..

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

Verteiler:  
Amt 60

## 50. Sitzung des Stadtrates am 27.02.2014

**Punkt 11:**  
**(öffentlich)**

**Konversion Kreuzberg-Kaserne, Neuordnung ehemaliger MOB-Stützpunkt, Abbruch der Gebäude und Erschließung, Auftragserhöhung**  
**Vorlage: 60/1331/2014**

Der Stadtrat fasst ohne Aussprache **einstimmig** folgenden

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt der Erhöhung des Auftrags an die WPW GeoIngenieure, Saarbrücken, von 24.804,45 € brutto um 33.675,90 € brutto auf 58.480,35 € brutto zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

Verteiler:  
Amt 60

## 50. Sitzung des Stadtrates am 27.02.2014

**Punkt 12:**  
**(öffentlich)**

**Konversion Kreuzberg-Kaserne, Abbruch Gebäude 4004;  
Vergabe der Rückbauarbeiten  
Vorlage: 60/1327/2014**

Der Stadtrat fasst ohne Aussprache **einstimmig** folgenden

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt der Vergabe des Auftrags an den günstigsten Bieter, die Firma F & R GmbH, Saarbrücken, zum Preis von 284.648,00 € brutto zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	29
Nein:	2
Enthaltung:	1

Verteiler:  
Amt 60

## 50. Sitzung des Stadtrates am 27.02.2014

**Punkt 13:**  
**(öffentlich)**

**Konversion Kreuzberg-Kaserne, Erschließung östlich und westlich der Amerikastraße, Herstellen der Deckschichten;  
Freigabe zusätzlicher Leistungen  
Vorlage: 60/1328/2014**

Der Stadtrat fasst ohne Aussprache **einstimmig** folgenden

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt dem Abrechnungsvorschlag der WPW Ingenieure, Saarbrücken, und der Freigabe der Leistungen zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

Verteiler:  
Amt 60

## 50. Sitzung des Stadtrates am 27.02.2014

**Punkt 14:**  
**(öffentlich)**

**Konversion Kreuzberg-Kaserne, Neuordnung ehemaliger MOB-Stützpunkt; Abbruch der Gebäude, Auftragserhöhung  
Vorlage: 60/1330/2014**

Der Stadtrat fasst ohne Aussprache **einstimmig** folgenden

**Beschluss:**

Der Stadtratb stimmt der Erhöhung des Auftrags an die Firma Ternava Abbruchunternehmen, Saarbrücken, von 181.385,75 € brutto um 8.584,97 € brutto auf 189.970,72 € brutto zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

Verteiler:  
Amt 60



## 50. Sitzung des Stadtrates am 27.02.2014

### **Punkt 15:**                    **Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten Monika Kuppitz** **(öffentlich)**

Der Stadtrat hat den Bericht der Gleichstellungsbeauftragten in Papierform erhalten und zur Kenntnis genommen.

Verteiler:  
Amt 10

## 50. Sitzung des Stadtrates am 27.02.2014

**Punkt 16:**  
**(öffentlich)**

**Wahl des Beirates für Migration und Integration; Festlegung des  
Wahltermins  
Vorlage: 10/1370/2014**

Der Stadtrat fasst ohne Aussprache **einstimmig** folgenden

**Beschluss:**

Die Wahl des Beirates für Migration und Integration der Stadt Zweibrücken wird am Sonntag, dem 23. November 2014, durchgeführt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

Verteiler:  
Amt 10

**Punkt 17:**  
**(öffentlich)**

**Bericht über Auswirkungen von Maßnahmen auf der Deponie Rechenbachtal auf die Stadt und ihre Bürger**  
**(Antrag der Fraktion Grüne Liste vom 12.02.2014)**  
**Vorlage: 10/1380/2014**

Der Vorsitzende erklärt, dass die Beantwortung des Antrages allen Ratsmitgliedern schriftlich zugegangen sei.

Der Vorsitzende weist Ratsmitglied Ruf daraufhin, dass er ihm freistelle, an der Beratung teilzunehmen, da heute nicht abgeschätzt werden könne, was sich aus dem Verfahren der ADD ergebe. Er erklärt gegenüber Ratsmitglied Ruf, dass dieser in Pachtverhältnissen zu der Stadt stehe und diese Situation rechtlich noch nicht genau abzuschätzen sei.

Ratsmitglied Schanne-Raab erklärt, dass Ratsmitglied Ruf zu diesem Tagesordnungspunkt Stellung nehmen, aber bei TOP I/18 nicht an der Beratung und Abstimmung teilnehmen werde.

Ratsmitglied Ruf ist der Meinung, dass die Fragen der Bürger während der Informationsveranstaltung am 4. Februar 2014 nicht ausreichend beantwortet wurden. Deshalb habe seine Fraktion nun diesen Antrag gestellt. Er erklärt, dass in der Vergangenheit immer wieder suggeriert worden sei, dass die Müllgebühren in Zusammenhang mit der Deponie stehen. Seiner Meinung nach sollte deshalb die schriftliche Aussage, dass dies nicht so sei, heute festgehalten werden. Weiterhin führt er aus, dass ihm nicht bekannt sei, dass die Gewinne aus der Deponie dem städtischen Haushalt zum Wohle der Bürger zufließen. Vielmehr würden die Gewinne für Rückstellungen verbucht, um die Abdeckung und Nachsorge der abgelagerten Abfälle zu gewährleisten. In Bezug auf die Solidarität mit Italien, sollte die Solidarität mit den Mörsbacher Bürgern im Vordergrund stehen.

Der Vorsitzende erklärt, dass das Geld von UBZ für den Entschuldungsfond gebraucht werde.

Verteiler:  
Amt 10

## 50. Sitzung des Stadtrates am 27.02.2014

**Punkt 18:**                    **Vollzug der Abfallgesetze; Deponie Rechenbachtal; Planfeststellungsantrag vom 18.09.2013**  
**(öffentlich)**                    **Vorlage: 60/1387/2014**

Ratsmitglied Ruf verlässt den Sitzungssaal.

Ratsmitglied Wilhelm ist der Meinung, dass das Planfeststellungsverfahren als Chance betrachtet werden sollte, da dadurch alle rechtlichen Voraussetzungen und in diesem Zusammenhang mögliche Gesundheitsgefährdungen und sonstige Einwendungen abgeklärt würden.

Ratsmitglied Wilhelm schlägt vor, dass der Beschlussvorschlag dadurch erweitert werde, den UBZ zu verpflichten, die Verträge mit den italienischen Anlieferern in Bezug auf Vertragsdauer und Konditionen zu überprüfen.

Ratsmitglied Kretzschmar erklärt, dass er dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Ratsmitglied Dettweiler stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt zu vertagen und gegebenenfalls eine Sondersitzung des Stadtrates einzuberufen. Er erklärt, dass er sich im Falle einer heutigen Abstimmung ansonsten enthalten werde.

Ratsmitglied Dr. Hitschler erklärt, dass er dem Beschlussvorschlag zustimmen werde und schlägt vor, dass der Beschlussvorschlag dahingehend ergänzt werde, dass die Messstellen nicht nur in Abstimmung mit der Bürgerinitiative, sondern auch mit dem Bau- und Umweltausschuss und dem Ortsbeirat Mörsbach erfolgen sollte.

Ratsmitglied Streuber erklärt, dass sie dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde.

Der Antrag von Ratsmitglied Dettweiler wird mit 7 Ja-Stimmen, 26 Gegen-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Der Vorsitzende hat an der Abstimmung teilgenommen.

Ratsmitglied Ruf hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Der Stadtrat fasst folgenden

### **Beschluss:**

Die Stadt Zweibrücken stimmt dem Planfeststellungsantrag vom 18.09.2013 zur Erweiterung der Deponie Rechenbachtal zu.

Die UBZ wird beauftragt drei Immissionsmessstellen, in Abstimmung mit der Bürgerinitiative, dem Bau- und Umweltausschuss und dem Ortsbeirat Mörsbach einzurichten.

UBZ wird gebeten, die Verträge mit den italienischen Müllanlieferern hinsichtlich Laufzeiten und Kündigungsfristen zu überprüfen.

## 50. Sitzung des Stadtrates am 27.02.2014

### Abstimmungsergebnis:

Ja:	26
Nein:	4
Enthaltung:	4

Der Vorsitzende hat an der Abstimmung teilgenommen.

Ratsmitglied Ruf hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

### Verteiler:

UBZ

Amt 60

## 50. Sitzung des Stadtrates am 27.02.2014

**Punkt 19:**  
**(öffentlich)**

**Vollzug der Gemeindeordnung; Unterrichtung des Stadtrates gem.  
§ 33 Abs. 2 GemO  
Vorlage: 10/1368/2014**

Der Stadtrat nimmt die Vorlage 10/1368/2014 bezüglich § 33 Abs. 2 GemO zur Kenntnis.

Verteiler:  
Amt 10  
Amt 60

## 50. Sitzung des Stadtrates am 27.02.2014

**Punkt 20:**  
**(öffentlich)**

**Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO; Annahme von Spenden**  
**Vorlage: 10/1367/2014**

Der Stadtrat fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt der Annahme der Spenden zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	34
Nein:	0
Enthaltung:	0

Verteiler:

Amt 10

Amt 41

Amt 51

**Punkt 21:**                    **Anfragen von Ratsmitgliedern**  
**(öffentlich)**

Anfrage von Ratsmitglied Düker

Lärmschutzwand in Bubenhausen

Ratsmitglied Düker möchte wissen, wie die geplante Lärmschutzwand gestaltet werden soll.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende erklärt, dass die Verwaltung derzeit Vorschläge (z.B. für Glaselemente) sammelt und diese dann im Bau- und Umweltausschuss vorstellen werde.

Anfrage von Ratsmitglied Schneider

Energieeffizienz

Ratsmitglied Schneider berichtet, dass die Stadt Homburg in den nächsten vier Jahren ihren Stromverbrauch um 65 % senken möchte und dazu über 8.000 Leuchten austauschen werde. Er fragt, wieviele Quecksilberdampfleuchten es noch in Zweibrücken gibt und wieviele LED-Leuchten mittlerweile installiert wurden. Wie lange dauert es, bis sich die LED-Leuchten amortisiert haben?

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende sichert eine *schriftliche* Beantwortung durch die Stadtwerke zu.

Anfrage von Ratsmitglied Cleemann

Ratsmitglied Cleemann berichtet, dass in Bubenhausen über 100 Rosenstöcke entfernt wurden.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende erklärt, dass entsprechende Einsparungen bereits im Stadtrat besprochen wurden.

Herr Bosslet erklärt, dass die angesprochene Fläche wieder etwas minimiert bepflanzt werde. Die Einsparungsziele erfordern jedoch solche Maßnahmen.

Verteiler:  
Stadtwerke  
Amt 60  
UBZ



## 50. Sitzung des Stadtrates am 27.02.2014

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 19:48 Uhr.

Der Vorsitzende

---

Kurt Pirmann  
(Oberbürgermeister)

Die Schriftführer

---

Richard Körner

---

Kristin Pirmann